

Wir brauchen die SPD zurück für die Verteidigung der Lebensinteressen der ArbeitnehmerInnen und Jugend!

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die selbsternannte Führungsriege tourt durchs Land. Ihr Credo ist eindeutig: „Wir blicken auf elf Jahre zurück, in denen wir in Deutschland erfolgreich Regierungsverantwortung wahrgenommen haben“, (Leitantrag für den Parteitag in Dresden). „Erfolgreich“? Für wen? „Doch nach dem Wahldesaster sind die Genossen schwer zu beruhigen. Vor allem die Rente mit 67 und Hartz IV bringen die Gemüter in Wallung“, resümiert die heutige RP eine der Veranstaltungen von Nahles/Gabriel. Kein Wunder: Mit diesem „Weiter so“ ist kein Neuanfang denkbar. Deshalb ist es richtig, wenn Genossen wie Uli Kissels sagen, sie werden die SPD „nicht diesen Leuten überlassen“. Denn angesichts der Landtagswahl in NRW stellt sich die zentrale Frage, die die Genossen Frey und Paternoga aufwerfen: Wie können wir als Sozialdemokraten und Gewerkschafter eine schwarz-gelbe Regierung mit einer SPD-Führung bekämpfen, die selbst die Voraussetzungen dafür geschaffen hat, dass Merkel/Westerwelle jetzt zu den brutalen Schlägen ausholen können? Eine Frage, die auch am 8.11. in Kassel diskutiert werden muss. Wir drucken die Einladung nachfolgend ab. Schließlich veröffentlichen wir den Brief von Andrea Ypsilanti, die eintritt für die „programmatische Neufundierung sozialdemokratischer Politik“ und einen Artikel von Hermann Scheer, der eine „selbstkritische Bestandsaufnahme über die Inhalte und die Methoden der SPD-Politik ohne falsche personelle Rücksichtnahme“ fordert.

Düsseldorf, 31. Oktober 2009
H.-W. Schuster

* * * *

Unterstützt die Erklärung

»Wir brauchen die SPD zurück – für die Verteidigung der Lebensinteressen der ArbeitnehmerInnen und Jugend!«

- Ein wirklicher Neuanfang verlangt, dass der Partei mit ihren Mitgliedern auf allen Ebenen die volle Souveränität zurückgegeben und ein Bundesparteitag auf der Grundlage der freien Diskussion innerhalb der Partei und mit den ArbeitnehmerInnen, den gegenwärtigen und ehemaligen WählerInnen und Mitgliedern vorbereitet wird!
- Wir lehnen es ab, dass die SPD durch die Selbsternennung von Steinmeier und des Fünfergespannes Gabriel, Nahles, Kraft, Scholz und Wowereit zur „erneuerten“ Fraktions- und Parteiführung wieder vor vollendete Tatsachen gestellt und versucht wird, ihr die bisherige verheerende Politik aufzuzwingen.
- Die wirkliche Erneuerung der Führung der SPD auf allen Ebenen kann nur hervorgehen aus jenem demokratischen Diskussionsprozess über die Bilanz der verhängnisvollen Schröder-Agenda-Politik und der Verpflichtung der SPD auf die Politik, die der SPD wieder ihren Platz an der Seite der großen Mehrheit der Bevölkerung, der ArbeitnehmerInnen und der Jugend zurückgibt.

Name **Adresse (auch Fax/E-Mail)** **Org./Funkt. Unterschrift**

Zusendung an Kontaktadresse

Der Rundbrief wird herausgegeben von: Henning Frey (NRW), Mitglied der SPD und der GEW, Klaus Schüller (Thüringen), stellv. AfA-Landesvorsitzender, Transnet, Mitherausgeber der Zeitung »Soziale Politik & Demokratie«, H.-W. Schuster, Mithrsg. »Soziale Politik & Demokratie«, AfA-Unterbezirksvorsitzender in Düsseldorf, ver.di-Vertrauensmann, Klaus Amoneit, SPD-OV Vorstand Bochum-Hamme, Matthias Cornely, Betriebsratsvorsitzender, IG Metall Delegierter

v.i.S.d.P.: Henning Frey, Gleueler Str. 67, 50931 Köln

Zusendungen bitte an henning.m.frey@web.de oder klaus-schueller@gmx.de oder grotjohann.schuster@t-online.de oder klaus.amoneit@amoneit.de oder matthias.cornely@t-online.de

„...werde wieder eintreten, weil ich die SPD nicht diesen Leuten überlassen möchte“

erklärt Genosse Uli Kissels aus Köln:

Dass ich heute bereits den ersten Rundbrief bekommen habe, finde ich gut.

Ich kann denen, die geschrieben haben nur recht geben. Was wir erleben ist ein weiter so. Eine nicht wieder gewählte Bundestagsabgeordnete hat in einem Gespräch das bestätigt, was ich schon vor Jahren gesagt habe: Die SPD braucht keine Mitglieder. Sie bleiben am liebsten unter sich, genügen sich selber als Funktionäre.

Ich teile mit den Schreibern die Auffassung, dass sich mit Steinmeier, Gabriel, Müntefering, Nahles ... und wie sie alle heißen, nichts ändern wird.

Wut und Verzweiflung waren der eigentliche Grund für mich, im Januar meinen Beisitz im Ortsverein Lindenthal aufzugeben und aus der Partei auszutreten. Den konkreten Anlass,

Unterschlagung zweier Nein-Stimmen bei einer Wahl, hätte ich sicher verschmerzt. Auf der anderen Seite zeigt er allerdings, wie die SPD selbst auf untersten Ebene mit ihren Mitgliedern umgeht. Siehe oben.

Den "gut" gemeinten Rat: wegen sowas tritt man von seinem Amt zurück, nicht aber aus der Partei aus. Ich habe lange über diesen Satz nachgedacht und werde wieder eintreten, weil ich die Sozialdemokratische Partei nicht diesen Leuten überlassen möchte, auch wenn ich nur ein kleines Sandkorn sein kann. Aber kann nicht schon ein einzelnes Sandkorn eine Maschine empfindlich stören? Und ich weiß, ich bin ja nicht alleine.

Mit solidarischem Gruß

Uli Kissels

Der folgende Diskussionsbeitrag von Henning Frey (SPD, GEW) und Paul Paternoga (SPD, IGM) antwortet auf »Gabriels Brief an die Genossen«, veröffentlicht in der »Süddeutschen Zeitung« vom 21.10.2009:

Unterzeichnet den Aufruf »Wir brauchen die SPD zurück - für die Verteidigung der Lebensinteressen der ArbeitnehmerInnen und der Jugend!«

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben uns in den zurückliegenden vier Wochen seit dem 27. September mit der Unterstützung und Verbreitung des Aufrufs "Wir brauchen die SPD zurück!" so, wie viele andere Genossinnen und Genossen auch, für eine wirkliche freie und offene Diskussion in der SPD ohne Vorgaben und Vorentscheidungen, für die Erneuerung der Partei von unten bis oben und den vollständigen Bruch mit der 11-jährigen Regierungspolitik der SPD unter Schröder, Müntefering und Steinmeier eingesetzt.

Wie sicherlich viele von Euch auch konnten wir nur mit Verwunderung und Staunen den Brief

von Sigmar Gabriel an einige Ortsvereine lesen, der von der Süddeutschen Zeitung veröffentlicht wurde. Mit diesem Brief hat sich zum ersten Mal jemand aus dem Fünfergespann, das für sich künftig die Führung der Partei beansprucht, an die neuentdeckte "Basis" gewandt.

Sigmar Gabriel sieht sich ganz offensichtlich dazu berufen, nachdem er über Jahre hinweg Teil der SPD-Führung unter Schröder und Müntefering ist, sich an die Spitze der "Erneuerungsbewegung" der SPD zu schwingen; ohne einen Anflug von Eingeständnis dessen, dass er eine Mitverantwortung dafür trägt, dass sich Millionen von Arbeitnehmern und SPD-Wählern von unserer Partei abgewandt haben.

In dem Jahr, wo wir zum 20. Mal den Sturz der

Mauer im Herbst '89 feiern, müssen wir beim Lesen des Briefs von Sigmar Gabriel unwillkürlich denken: Hier spricht ein Wendehals!

Die schwarz-gelbe Regierungskoalition hat jetzt die Pläne für ihre sozialen Grausamkeiten, für die endgültige Zerschlagung der paritätisch finanzierten sozialen Sicherungssysteme und für die Plünderung der öffentlichen Haushalte vorgelegt. Vor allem aber lässt sie den Unternehmern, den „Investoren“ und Konzernen freie Hand bei der Beschleunigung der Arbeitsplatzvernichtung. Quelle ist ein Alarmsignal: Die Entlassungswelle rollt und sie betrifft uns alle!

Wir wissen, welche Herausforderung das für unsere Partei bedeutet. Die erste Nagelprobe wird die Landtagswahl am kommenden 9. Mai in Nordrhein-Westfalen sein, wo die Regierung Rüttgers gestürzt werden muss!

Doch wie können wir als Sozialdemokraten und Gewerkschafter eine schwarz-gelbe Regierung mit einer SPD-Führung bekämpfen, die selbst die Voraussetzungen dafür geschaffen hat, dass sich Merkel und Westerwelle diese Maßnahmen zum Ziel setzen können?

Wie sollen wir die Pläne zur Einfrierung der Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung und zur Erhöhung der Zusatzbeiträge für die Arbeitnehmer mit einem Steinmeier, einem Gabriel oder einer Nahles bekämpfen? Diejenigen, die als Minister der Großen Koalition oder als stellvertretende Parteivorsitzende der SPD den Gesundheitsfonds zusammen mit der Möglichkeit der Erhebung von Arbeitnehmer-Zusatzbeiträgen beschlossen haben und vor einem Jahr sich weigerten, den gesetzlichen Krankenkassen und den Krankenhäusern die von Hunderttausenden Beschäftigten des Gesundheitswesens geforderten ausreichenden Mittel zur Verfügung zu stellen.

Wie wollen wir mit einem Olaf Scholz und einer Hannelore Kraft Opel den Händen von GM, Magna und der EU-Kommission entreißen können, die wechselseitig danach trachten, wie möglichst viele Arbeitsplätze und Werke bei diesem Autohersteller vernichtet werden können, nachdem der Erstere sich in seiner Eigenschaft als Arbeitsminister geweigert hat, Opel und alle Arbeitsplätze unter politischen Schutz zu stellen und die Letztere ihm dabei nicht wi-

dersprochen hat?

Wie soll man mit einem Wowereit einen Rüttgers bekämpfen können, wenn Wowereit mit seiner arbeitnehmerfeindlichen und gewerkschaftsfeindlichen Politik gegen die Berliner Landesbeschäftigten noch über das hinaus geht, was sich Rüttgers hier in NRW leistet?

Wie soll unsere Partei Ansehen und Vertrauen bei den Arbeitnehmern, bei ihren jetzigen und früheren Wählern, bei ihren noch und ihren ehemaligen Mitgliedern zurückgewinnen können, solange diejenigen an der Spitze noch immer das Ruder in der Hand halten, die die Agenda-Politik zu verantworten haben? Die Arbeitnehmerschaft, die Gewerkschaften, die Mitgliedschaft unserer Partei weiß, dass es mit ihnen keinen Neuanfang geben kann.

Gabriel will im Frühjahr auf einer Kreis- und Unterbezirkskonferenz der SPD die Diskussion an der Basis zur Bilanz des Wahldebakels am 27.9. zusammenfassen. Damit gesteht er gleichzeitig ein, dass der Parteitag am 13. November nicht auf der Grundlage einer solchen breiten Diskussion und eines Mandates aus der Partei heraus stattfindet. Dennoch wagt er es, sich selbst zum Vorsitzenden wählen zu lassen.

Angesichts dessen können wir nur die Ankündigung von Andrea Ypsilanti begrüßen, unter diesen Bedingungen nicht wieder für den Bundesvorstand zu kandidieren. Denn sie hat Recht, wenn sie sagt, dass es mit einer Führung keine Zusammenarbeit geben kann, die nicht bereit ist, die Verantwortung der von ihr vorangetriebenen Agenda-Politik für die Absage von Millionen von Arbeitnehmern an die SPD anzuerkennen.

Hermann Scheer, der mit derselben Begründung wie Andrea Ypsilanti nicht wieder für den Vorstand kandidiert, und Ottmar Schreiner laden zu einem Basisratschlag am 8.11. nach Kassel ein.

Das ist ein richtiger Schritt in die richtige Richtung.

Zahlreiche Genossinnen und Genossen haben mit ihrer Unterschrift unter den Aufruf "Wir brauchen die SPD zurück!" in den letzten Tagen erklärt, dass Müntefering, Steinmeier und Steinbrück und die anderen Mitglieder der engeren Parteiführung, die die Verantwortung für

die verheerende Agenda-Politik tragen, davon gejagt werden müssen.

Zeigen der Brief von Sigmar Gabriel, die Art und Weise wie der Bundesparteitag vorbereitet wird, die erneute Ausschaltung der innerparteilichen Demokratie bei der Bestimmung der Führung unserer Partei nicht, dass es ohne diese Voraussetzung nicht geht?

Gabriel, Steinmeier, Nahles, Wowerit und Kraft können wir mit ihrer Selbstproklamation und mit ihrem Parteitag nur eine Absage erteilen!

Unterzeichnet dafür den Aufruf "Wir brauchen die SPD zurück - für die Verteidigung der Lebensinteressen der ArbeitnehmerInnen und der Jugend!"

Köln, Siegburg, 31.10.2009

Einladung zu einem bundesweiten Basis-Ratschlag am 8.11.09 in Kassel:

Die SPD wieder stark machen!

Die SPD wieder stark machen!

Ein Jahrzehnt anhaltender Basta- und Abnick-Politik hat zu einem anhaltenden Niedergang der SPD geführt, bis zum historischen Debakel der Bundestagswahl.

Obwohl nach der Wahlniederlage allen klar ist und allenthalben versichert wird, dass es kein "weiter so" geben dürfe, geschah nach der Bundestagswahl genau das: Ein überfallartiger Ringtausch des Führungspersonals, abgestimmt zwischen einigen Sprechern der Parteiflügel und hernach abgesegnet vom Parteivorstand - ohne jede Atempause.

Zu befürchten ist, dass die überfällige Selbstbesinnung der SPD auf ihre Identität als Trägerin der für die Gesellschaft unverzichtbaren sozialdemokratischen Idee und Praxis erneut vernachlässigt wird. 1998 wurde die SPD von 20 Millionen Wählern für ihre Kompetenz in ökonomischen und umweltpolitischen wie in Fragen der sozialen Gerechtigkeit gewählt. Heute haben wir die Glaubwürdigkeit auf beiden Feldern und die Hälfte dieser Wähler verloren. Die entscheidende Frage ist, wie das geschehen konnte und wie wir ökonomische und soziale Glaubwürdigkeit wiedergewinnen.

Die Gesamtheit der Mitglieder braucht eine schonungslos offene Aussprache, die nicht schon wieder mit dem vordergründigen Argument unterlassen werden darf, dass dies das Führungspersonal beschädigen würde. Die Privatisierung der Partei durch einzelne Personen an der Spitze muss ebenso überwunden werden wie die Vorbestimmung ihrer Willensbildung über den Umweg der Medien und das

Ausklammern elementarer strategischer Zukunftsfragen.

Deshalb laden wir zu einem bundesweiten Basis-Ratschlag ein. Der Ratschlag ist kein Flügeltreffen! Er findet statt

Sonntag, 8. November 2009

11-16 Uhr

Lichthof Tagungszentrum

Im Kulturbahnhof Kassel

(Bahnhofsplatz 1, 34117 Kassel)

Darüber wollen wir auf dem Basistreffen sprechen:

- Was muss bewahrt und wiederbelebt, was korrigiert und neu gestaltet werden?
- Für welche Werte und Interessen steht die SPD und welche gesellschaftlichen und politischen Allianzen brauchen wir?
- Wie kann die SPD redemokratisiert werden?

Einleitende Kurzvorträge zum Diskussionsanstoß halten:

- Rudolf Dressler
- Stefan Grönebaum
- Johano Strasser
- Andrea Ypsilanti

Alle an der Zukunft der SPD interessierten Genossinnen und Genossen, sind herzlich eingeladen. Und vor allem: Mail dieses Schreiben an andere Genossinnen und Genossen als Kettenmail weiter!

Bitte bringt euer Parteibuch mit, die Veranstaltung ist parteiintern und nicht öffentlich.

Einlader/innenkreis (in alphabetischer Reihenfolge): Katrin Altpeter MdL, Friedhelm Julius Beucher, Pascal Barthel, Peter Conradi, Timon Gremmels, Stephan Grüger, Jörg Jordan, Eckard Kuhlwein, Christine Lambrecht MdB, Marko Mühlstein, Regine Müller MdL, Hermann

Scheer MdB , Werner Schieder MdB, Ottmar Schreiner MdB, Rüdiger Veit MdB, Wolfgang Wodarg MdB

Organisation: Stephan Grüger, Rotdornstr. 7, 35759 Driedorf, E-Mail: spdvonunten@yahoo.de
www.spd-von-unten.de

DOKUMENTE

Brief von Andrea Ypsilanti an die Mitglieder des hessischen SPD-Vorstandes und des SPD-Parteivorstandes

Wiesbaden, 22.10.2009

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, hiermit teile ich Euch mit, dass ich auf dem kommenden SPD-Bundesparteitag in Dresden nicht wieder für den Parteivorstand kandidieren werde.

Gleichwohl erachte ich als wichtig und notwendig für die Bundespartei, dass der hessische Landesverband und seine politischen Positionen im Vorstand der Bundespartei angemessen vertreten sind. Daher setze ich mich für die Wiederwahl von Gernot Grumbach und Manfred Schaub für den Bundesvorstand ein. Der Landesvorsitzende der hessischen SPD Thorsten Schäfer-Gümbel sollte nach meiner Überzeugung zukünftig sowohl im Bundesvorstand als auch im Präsidium eine Stimme haben.

Meinen Entschluss, nicht mehr zu kandidieren, begründe ich:

Es ist in erster Linie eine ideelle und geistige Herausforderung für die SPD, neue Zustimmung von innen und außen erwirken zu können. Die bloße Auswechslung der jeweiligen Parteiführung ist kein Ersatz dafür, wie das sich laufend schneller drehende Personalkarussell der SPD belegt. Dass sich dennoch selbst nach dem weiteren Tiefschlag in der Bundestagswahl die Aufmerksamkeit auf den Ebenen der Parteiführung darauf fixierte, zeigt erneut in hohem Maße das analytische Defizit. So kann keine angemessene Antwort auf den elementaren Widerspruch gefunden werden, dass unsere Gesellschaft mehr denn je eine

zukunftsfähige und glaubwürdig praktizierte sozialdemokratische Gestaltungskraft braucht - und diese ausgerechnet bei der SPD vermisst. Es geht um die substantielle Identität als linke Volkspartei.

Ich will deshalb künftig unabhängig von aktuellen Führungsgremien für die programmatische Neufundierung sozialdemokratischer Politik wirken. Wo gewollt und erwünscht bin ich gerne bereit, meine Erfahrungen und Erkenntnisse einzubringen. Mein Beitrag wird die Weiterentwicklung des politischen Grundansatzes für eine „Soziale Moderne“ sein, mit dem wir in Hessen 2008 den größten Wahlerfolg der SPD seit 2002 errangen und - über die Wiedergewinnung und Neumotivierung unserer Stammwähler hinaus - viele neue Wähler in der jungen Generation und aus dem progressiven Bürgertum gewinnen konnten.

Ein weiterer politischer Grund: Mitte der 80er Jahre wurde Holger Börner bei seinem ersten rot-grünen Experiment in Hessen, das er zuvor rundweg ausgeschlossen hatte, vom gesamten SPD-Präsidium um Willy Brandt, Johannes Rau und Jochen Vogel unterstützt. Heute ist Rot-Grün längst politische erprobte Praxis. Die hessische SPD und insbesondere ich als Person wurden hingegen systematisch von denen diskreditiert, die mit inhaltlichen Wortbrüchen (Teile der Agenda 2010, Mehrwertsteuererhöhung etc.) zum Identitätsverlust der SPD und in der Folge zu hunderttausenden Parteiaustritten und serienmäßigen Wahlniederlagen beigetragen haben. Die dafür Verantwortlichen der Bundespartei haben allerdings bis heute ihre

Rolle bei den dramatischen Ereignissen in Hessen im letzten Jahr nie selbstkritisch reflektiert.

Dabei wäre es durchaus einer Diskussion wert gewesen, das hessische Modell der Tolerierung durch die Linkspartei auch als Chance zu begreifen, strategische demokratische Zukunftsoptionen zu testen. Eine funktionierende sozialdemokratische Politik in Hessen hätte auch für die Bundesebene dokumentieren können: Eine andere Politik ist möglich. Zumindest aber hätte es im Interesse der gesamten Partei gelegen, die Gründe wahrzunehmen, warum unser inhaltlich prägnanter Wahlkampf zu einem Wählerzuwachs geführt hat, der der Partei andernorts und auf Bundesebene in den letzten Jahren versagt blieb. Da dieses Überdenken bis heute nicht einmal ansatzweise stattgefunden hat, ist mir eine unbefangene Zusammenarbeit mit den jeweiligen im Führungsgremium der SPD vertretenen Personen gegenwärtig nicht möglich.

Ich bin stets offen und öffentlich für meine Standpunkte eingetreten, auch für dabei unterlaufene Fehler. Für meinen Part habe ich die Verantwortung in Hessen übernommen und

meine Führungsämter niedergelegt – während andere eher die moderne Form der Verantwortungsübernahme vorziehen, nämlich in einem Führungsamt zu bleiben oder nahtlos ein neues anzustreben. Der offenkundig doppelte Maßstab zwischen unverzeihlichen und verzeihlichen Fehlern ist nicht nur willkürlich und selbstgerecht, sondern belastet jede Atmosphäre.

Mein Entschluss fällt mir nicht leicht. Ich konnte jedoch aus den oben genannten Gründen keine andere Entscheidung fällen. Ich bitte alle um Verständnis, die diesen bedauern. Bei denen, die mich in den letzten Jahren solidarisch und kritisch begleiteten, möchte ich mich ausdrücklich bedanken. Es ist für mich kein Rückzug aus der Politik der SPD, zumal ich Landtagsabgeordnete bin und bleibe. Ich schließe auch eine erneute Kandidatur für den SPD-Bundesvorstand in mittlerer Zukunft nicht aus.

Mit solidarischen Grüßen
Andrea Ypsilanti

Gastbeitrag von Hermann Scheer im »Stern«

Schluss mit der Basta-SPD!

Trümmerfeld SPD - nach dem 23-Prozent-Debakel müssen Konsequenzen gezogen werden, schreibt SPD-Vorstand *Hermann Scheer* in einem Gastbeitrag für *stern.de*: Schluss mit dem Gemauschel, Schluss mit den Basta-Ansagen, Schluss mit der Angst vor linker Politik.

Es ist nicht besonders schwer zu erkennen, welche äußeren Faktoren den Absturz der SPD herbeiführten. Er deutete sich ja bereits jahrelang an. Die Strategen der SPD wollten kein "linkes Lager", als sich das "rechte Lager" von Union und FDP längst wieder gebildet hatte. Sie wollten die Große Koalition, ohne es zu sagen, und bewarben sich öffentlich als Freier der FDP, die zugleich als neoliberaler Horror gebrendmarkt wurde. Die Hartz-Gesetze wurden noch selbstherrlich als historisches Verdienst und Erfolg gepriesen, als der Bedarf nach Korrekturen längst erkannt war und solche schon eingeleitet wurden. Es gab eine mangelnde Sensibilität gegenüber dem verletzten Stolz

vieler Menschen, die als Hartz IV-Empfänger von Kopf bis Fuß finanziell durchleuchtet wurden. Andererseits gab es auch eine Senkung des Spitzensteuersatzes und der Unternehmenssteuern noch unter Rot-Grün, ohne dass die damit verbundene Erwartung Realität wurde, dass dann die Investitionen sprudeln würden - stattdessen wurde die Gerechtigkeitslücke größer.

Der Wahlerfolg im Januar 2008 und die geplante Regierungsübernahme in Hessen war vom rechten Parteiflügel erkennbar nicht gewünscht, weil Andrea Ypsilanti für ein anderes SPD-Profil stand. Ihr Wortbruch, nicht mit der Linkspartei zu kooperieren, wurde von denselben als unverzeihlicher Sündenfall skandalisiert, die 2005 gleich zwei Wortbrüche begingen: Keine Große Koalition einzugehen und die "Merkelsteuer" zu verhindern. (...)

Die Konsequenz aus 20 verlorenen Wahlen

Zu viele Widersprüche auf einmal, die erkennen lassen: Die SPD ist nicht mehr bei sich selbst. So entstanden die Fadenrisse zwischen der Regierungs-SPD und ihren Mitgliedern sowie zwischen der SPD und ihren Wählern, die sich in alle Himmelsrichtungen verstreuten. Es war ein langer Prozess, der schon kurz nach der Wahl 1999 begann, bis zum vorläufig bitteren Ende. (...)

Doch warum wurden die vielen Signale aus 27 Wahlen seit der Bundestagswahl 2002 nicht wirklich beachtet? 20 von den 27 Wahlen endeten mit Minuswerten und nur sieben mit meist geringen Pluswerten für die SPD. Der Länder-Tiefpunkt seit 2002 war das niedersächsische Wahldebakel Sigmar Gabriels im Februar 2003 mit einem Verlust von 14,5% - sogar noch ohne neue Konkurrenz von links. Der einzige wirkliche Ausreißer nach oben war die hessische Landtagswahl am 28. Januar 2008 mit einem Zugewinn von 7,6%, trotz neuer linker Konkurrenz - nicht zufällig errungen mit einem politischen Profil, das sich in seinen Eckpunkten von der Bundespartei deutlich unterschied und konfliktbereit erstritten wurde.

Die Partei als lästiges Beiwerk

Der tiefere Grund der mangelnden Sensibilität gegenüber den selbstproduzierten Widersprüchen liegt in der Methode des "modernen Regierens", die sich die SPD unter Gerhard Schröder angeeignet hat: autokratisch, selbstgerecht, mit einer Ideologie der Ideologiefreiheit. (...)

Die verdorrten Wurzeln an der Basis

Stets hieß es, Einwände oder Veränderungsvorschläge gegenüber Regierungsvorlagen würden das Ansehen des Kanzlers, des zuständigen SPD-Ministers oder des Parteivorsitzenden beschädigen. Ein Unfehlbarkeitsanspruch wurde erhoben, der oft genug in starkem Kontrast zur Qualität der beschlossenen Maßnahmen stand. Es ist diese Selbstherrlichkeit, die die SPD zu lähmen begann und ihre Mitglieder demotivierte, die sich zunehmend überflüssig fühlten. Gesetze, die gegen den erkennbaren

Willen von Fraktion und Partei durchgedrückt werden, werden dann auch von den Abgeordneten in ihren Wahlkreisen nicht mehr vertreten. So verdorrten die Wurzeln der SPD, denen die SPD-Regierung ihre Position und Machte verdankte.

Diese Methode "modernen Regierens" übersieht, dass allein das formale Durchsetzen von Vorgaben durch Loyalitätsverlangen zwar einige Zeit ausreichen mag, um Entscheidungen herbeizuführen. Aber die Legitimation geht dabei verloren, die auf Identifizierung und innerer Übereinstimmung beruht. Dass dies die SPD mehr als andere mit mehr Wucht getroffen hat, erklärt sich nicht nur aus der elfjährigen Regierungsverantwortung, sondern aus einem unter SPD-Mitgliedern und -Wählern durchschnittlich höherem Demokratiebewusstsein. Dies kollidierte zunehmend mit der Erwartung, die eigenen Mandats- und Funktionsträger sollten bitteschön die Erfolge des Regierungshandelns preisen und über Fehler und Misserfolge gefälligst schweigen, also der höheren Weisheit ihrer Regierungsmitglieder und Parteiführung folgen sollen.

Mehr Demokratie wagen

Basta-Politik funktioniert stets nur, wenn diese auch tatsächlich abgenickt wird. Die Revitalisierung der SPD wird nur gelingen, wenn das Abnicken beendet wird. Die SPD muss vor allem in sich selbst wieder "mehr Demokratie wagen" statt "mehr Demokratie zu vermeiden". Basta mit "basta" und abnicken! Dazu gehört eine selbstkritische Bestandsaufnahme über die Inhalte und die Methoden der SPD-Politik ohne falsche personelle Rücksichtnahme. Dies kommt selten von oben. Es muss von unten kommen. Nur so entsteht neue Motivation und Kraft, die wieder zu einer tragfähigen demokratischen Basis als Volkspartei führt, die diesen Begriff verdient.

<http://www.stern.de/politik/deutschland/gastbeitrag-schluss-mit-der-basta-spd-1512817.html>

Erscheinungsdatum: 9. Oktober 2009, 10:30 Uhr

A U S D E R P R E S S E

FR-Podiumsdiskussion (Diskussionsveranstaltung von Deutschlandfunk und FR)

Die Arbeiterführerin

Von Andreas Kraft

(...) Geklatscht wird vor allem für Andrea Ypsilanti, etwa wenn sie dafür plädiert, die ewigen Koalitionsdiskussionen zu beenden und sich den Wählern zuzuwenden. "Es gibt eine riesige Lücke zwischen den Repräsentanten und den Repräsentierten" sagt sie. "Wir müssen wieder mehr hinhören."

Vielleicht hat sie es schon getan. Die uneingeschränkte Sympathie, die ihr an diesem Abend entgegenschlägt, legt es nahe. Vielleicht sind aber auch vor allem ihre Fans gekommen.

An Ulrike Merten, die Frank-Walter Steinmeier mit dem passenden Wahlergebnis am liebsten zur Verteidigungsministerin gemacht hätte, lassen die SPD-Anhänger von der Basis jedenfalls kein gutes Haar.

Etwa wenn sie sagt, sie sei davon überzeugt, die SPD habe unter Gerhard Schröder die richtigen Entscheidungen getroffen. Nur habe man die Partei zu wenig darauf vorbereitet.

Später, nachdem die Live-Übertragung beendet ist, meldet sich dazu aus dem Publikum ein Ex-Mitglied zu Wort: "Es ist das schlimmste, dass ich immer wieder hören muss, dass ich damals einfach zu dumm war, diese Politik zu verstehen."

Aber fraglich bleibt an diesem Abend vor allem, wie innerhalb der SPD jetzt neue Kompromisslinien gefunden werden sollen. So schlägt Erhard Eppler - einst der Säulenheilige der SPD-Linken - einen pragmatischen Kurs im Umgang mit der Linken vor: "Wir müssen schauen, mit welchen Partnern wir unsere Politik machen können", sagt er. "Und wenn das in Brandenburg die Linke ist" - das Publikum bleibt ruhig - "und in Thüringen die CDU" - das Publikum bekundet deutliches Missfallen - "dann ist das eben so."

Für einen Facharbeiter, der sich später zu Wort meldet, sind diese Koalitionsfragen eine rein "intellektuelle Diskussion". Für ihn ist klar: Die SPD müsste wieder die soziale Frage stellen und etwa die Tariffucht über Zeitarbeit verhindern.

Die Partei wird sich mit solchen Fragen auseinandersetzen müssen, meint Ypsilanti. Und fordert eine Grundsatzdiskussion, um die "größte Krise der SPD seit 50 Jahren" (Eppler) zu überwinden.

(FR 29.10.2009)